



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

29. Juni 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

die vorletzte Sitzungswoche vor der Sommerpause hat gestern vor allem sehr „heiß“ begonnen: Bei Temperaturen von über 30 Grad (und gefühlten 40 Grad) saß ich den ganzen Tag bei einem runtergelassenen Rollo im Büro.

Morgen wird der neue Bundespräsident gewählt und ganz Deutschland ist gespannt. Ich meine jedoch, dass diese Spannung nicht gerechtfertigt ist: CDU/CSU und F.D.P. haben eine Mehrheit von 21 Stimmen in der Bundesversammlung - das wird wohl (leider) reichen.

Mich hat in der letzten Woche sehr gefreut, dass der Bundesgerichtshof unsere Position zur Patientenverfügung durch eine höchstrichterliche Entscheidung abgesegnet hat. Sie wissen, dass durch meine Initiative die Patientenverfügung in der letzten Legislaturperiode im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgenommen wurde. Im Zivilrecht war damit klar, dass der selbstbestimmte Wille des Patienten von den Ärzten zu respektieren ist. Dies hat der Bundesgerichtshof jetzt auch für das Strafrecht bestätigt. Das heißt: Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ist künftig immer zu beachten und gegebenenfalls sind lebensverlängernde Maßnahmen abubrechen. Diese weitere Stärkung der Selbstbestimmung des Einzelnen finde ich sehr wichtig.

Herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Mitmachen*Mitmachen*Mitmachen

Dieter Baacke Preis

Mit dem Dieter Baacke Preis zeichnen die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur und das Bundesjugendministerium Medienprojekte der Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit aus. In fünf Kategorien werden innovative, originelle und mutige Projekte zur Förderung von Medienkompetenz gesucht, z.B. ein kreatives Internetprojekt in der Jugendarbeit oder ein Kinderradioprojekt. Dotiert ist der Preis jeweils mit 2.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 31. August - mehr Informationen gibt es unter www.dieterbaackepreis.de.



Hinweis für die Urlaubszeit

Telefonieren im Auto ist teuer!

Gerade bei langen Fahrten in den Urlaub lässt sich die Nutzung des Handys im Auto oft nicht vermeiden. Doch das Fahren mit dem Handy am Ohr ist nicht nur verboten, sondern es drohen auch empfindliche Geldstrafen:

Mit 40 Euro kommen Autofahrer in Deutschland eher glimpflich davon, in Italien kann unerlaubtes Telefonieren zwischen 155 und 594 Euro kosten. Teuer wird es auch in den Niederlanden, Portugal und Ungarn. Der Branchenverband BITKOM hat unter www.bitkom.org einige wichtige Tipps zusammengestellt, wie man sicher und ohne Strafe auch auf dem Weg in den Urlaub telefonieren kann.

Artikel 17 GG: Jeder kann sich mit Bitten oder Beschwerden an den Bundestag wenden

Unsere Verfassung gibt jeder Bürgerin und jedem Bürger - egal ob Kind, Ausländer, Inhaftierter, Soldat, Entmündigter, ob Bürgerinitiative, Verband oder Gliederung einer Partei - das Recht, sich mit einer Petition an das Parlament, den Deutschen Bundestag, zu wenden. Dieses Grundrecht hat der Parlamentarische Rat 1949 mit Artikel 17 des Grundgesetzes geschaffen. Jedes Jahr gehen rund 18.000 Bitten oder Beschwerden beim Bundestag ein, die Zahl der Petenten und Unterstützer von Petitionen übersteigt inzwischen die Millionengrenze - es ist also ein gut genutztes Recht!

Seit 2005 gibt es die Möglichkeit, die Petition auch per Internet einzureichen, die sogenannte Online-Petition oder ePetition. Mit der Verbreitung des Internets etablierte sich diese Art der Petition als ein unkompliziertes und kaum Kosten verursachendes Instrument. Neben der Einzelpetition gibt es bei der ePetition auch die Möglichkeit einer sog. öffentlichen Petition. Diese wird unter Angabe des Anliegens und des Namens des Petenten beim Bundestag eingereicht und ist damit öffentlich. Andere Personen, die das Anliegen für berechtigt halten, können die Petition durch eine „Mitzeichnung“ unterstützen. Der Petitionstext wird zunächst für sechs Wochen online gestellt und kann in diesem Zeitraum von beliebig vielen anderen Menschen durch Angabe ihres Namens „unterschrieben“ werden. Je mehr Unterstützer eine öffentliche Petition erhält, desto größeres Gewicht hat sie bei den Beratungen im Petitionsausschuss. Ab 50.000 Unterstützern in den ersten drei Wochen nach Veröffentlichung werden die Petenten in öffentlicher Ausschusssitzung angehört - das ist ein besonderer Anreiz, diese Marke zu knacken! Die Nutzer können außerdem über die Petition in einem Forum diskutieren und mit einer virtuellen „Postkarte“ weitere Mitstreiter suchen: <https://epetitionen.bundestag.de/>.

In dieser Woche beraten wir im Bundestag den Bericht des Petitionsausschusses 2009. Im Jubiläumsjahr des Petitionsrechts gingen insgesamt 18.861 Petitionen ein; hierunter war z.B. auch die öffentliche Petition gegen Internetsperren, die mit über 134.000 Mitzeichnungen online zu der „Rekordpetition“ wurde. Den gesamten Bericht finden Sie mit der Drucksachen-Nummer 17/2100 unter www.bundestag.de.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel](#)/Michael Stachurski (S. 2)
[aboutpixel](#)/Jeffrey Le_Blond (S. 3)

Rettet das Kino!

Anfang des Jahres hat ein Film in den Kinos für Aufsehen gesorgt: James Camerons „Avatar“ hat allein in Deutschland am Startwochenende über 9 Millionen Euro eingespielt, mehr als 10 Millionen deutsche Kinobesucher haben den Film gesehen. Das besondere an dem Film ist: Er ist in 3D gedreht. Immer mehr Filme werden digital produziert. Das bedeutet für unsere Kinos, dass sie ihre analogen Abspielgeräte auf digitale umstellen müssen, um an Markt mithalten zu können. Für den Zuschauer ist das ein Qualitätsgewinn - denn auch wenn man vielleicht gerne an dunkle Minuten bei gerissenem Film zurückdenkt: beschädigte oder unscharfe Kopien gehören der Vergangenheit an und auch in der „Provinz“ starten aktuelle Filme schneller. Für die Kinobetreiber ist die neue Technik erst einmal mit hohen Investitionskosten verbunden. Die Umrüstung eines Kinosaals kostet bis zu 90.000 Euro.

Wer keine digitale Projektoren hat, bleibt außen vor - ein Szenario, das sicher bald für alle Filme gilt. Denn den Verleihern ist daran gelegen, keine teuren analogen Filmkopien mehr herzustellen und zu verschicken - die großen 35mm-Filmrollen kosten eben viel mehr Porto als ein digitales Datenpaket. Die SPD hat daher im März die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit der Kino-Branche, der Filmförderanstalt (FFA), den Ländern und Kommunen ein Konzept zur Finanzierung der Kino-Digitalisierung vorzulegen. Dabei geht es vor allem darum, die kleinen Kinos und auch die kommunalen Kinos zu unterstützen - die großen Multiplexe können die Umrüstung auf digitale Vorführ-Projektoren meist gut alleine stemmen.

Alle Fraktionen im Bundestag sind sich über dieses Ziel einig - wir streiten aber noch um den richtigen Weg dorthin. Einzelheiten des Konzepts der Bundesregierung sind noch offen, z.B. die Frage, wo die Grenze gezogen wird bei der Größe der Kinos, die gefördert werden sollen, und welchen Beitrag die Länder leisten müssen. Wichtig ist immer, dass die kleineren Spielstätten eine echte Chance bekommen, die digitale Technik zu installieren. Denn: Kinos sind mehr als die bloßen „Abspielstätten“ von Filmen - sie sind Orte, an denen man sich mit Freunden trifft, einen unterhaltsamen Abend bringt, informiert und weiterbildet. Als fester Bestandteil der kulturellen Infrastruktur bietet Kino ein wichtiges Stück Lebensqualität!